

E-JOURNAL (2016)
5. JAHRGANG / 2

zfl

**FORUM
INTERDISZIPLINÄRE
BEGRIFFSGESCHICHTE
(FIB)**

ZENTRUM
FÜR LITERATUR- UND
KULTURFORSCHUNG

Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin
Schützenstraße 18 | 10117 Berlin
T +49(0)30 201 92-155 | F -154 | sekretariat@zfl-berlin.org

IMPRESSUM

Herausgeber

Ernst Müller, Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin (ZfL), www.zfl-berlin.org

Direktorin

Prof. Dr. Eva Geulen

Redaktion

Ernst Müller (Leitung), Herbert Kopp-Oberstebrink, Dirk Naguschewski, Tatjana Petzer, Falko Schmieder, Georg Toepfer, Stefan Willer

Wissenschaftlicher Beirat

Faustino Oncina Coves (Valencia), Christian Geulen (Koblenz), Eva Johach (Konstanz), Helge Jordheim (Oslo), Christian Kassung (Berlin), Clemens Knobloch (Siegen), Sigrid Weigel (Berlin)

Gestaltung KRAUT & KONFETTI GbR, Berlin

Layout/Satz Jana Sherpa

ISSN 2195-0598

© 2016 / Das Copyright und sämtliche Nutzungsrechte liegen ausschließlich bei den Autoren, ein Nachdruck der Texte auch in Auszügen ist nur mit deren ausdrücklicher Genehmigung gestattet.

INHALT

- 4 EDITORIAL**
Ernst Müller

BEITRÄGE

- 6 »DER ANGRIFF DER GEGENWART AUF DIE ÜBRIGE ZEIT«, RICHARD KOEBNERS UND REINHART KOSELLECKS HISTORISCHE SEMANTIK-FORSCHUNGEN ZWISCHEN HISTORISMUS UND POSTHISTOIRE**
Peter Tietze
- 23 KARL OTTO ERDMANN UND DIE ANFÄNGE EINER MODERNEN POLITISCHEN BEGRIFFSGESCHICHTE UM 1900**
Clemens Knobloch
- 32 REINHART KOSELLECKS KONZEPT »SEMANTISCHER KÄMPFE«**
Christof Dipper
- 42 BEGRIFFSGESCHICHTE ALS IDEOLOGIEKRITIK BEI REINHART KOSELLECK**
Faustino Oncina Coves
- 54 MATERIALANALYSE: EINE GESCHICHTSMATERIALISTISCHE LEKTÜRE-PRAXIS**
Jan Loheit
- 62 »ZUKUNFT KOMMT VON SELBST, FORTSCHRITT NUR MIT UNS« ZUM FORTSCHRITTSBEGRIFF IN DER PROGRAMMATIK DER SOZIALDEMOKRATIE**
Fabian Deus
- 78 DIGITALE BEGRIFFSGESCHICHTE?. METHODOLOGISCHE ÜBERLEGUNGEN UND EXEMPLARISCHE VERSUCHE AM BEISPIEL MODERNER NETZSEMANTIK**
Alexander Friedrich, Chris Biemann
- 97 BENOÎT GODIN: INNOVATION CONTESTED. THE IDEA OF INNOVATION OVER THE CENTURIES**
REZENSION
Falko Schmieder

›ZUKUNFT KOMMT VON SELBST, FORTSCHRITT NUR MIT UNS‹

ZUM FORTSCHRITTSBEGRIFF IN DER PROGRAMMATIK DER SOZIALDEMOKRATIE

Fabian Deus

1. EINLEITUNG¹

›Die Zukunft kommt von selbst – der Fortschritt nur mit uns‹ war das Motto eines SPD-Parteitages im Jahr 1988 in Münster. Dieses Motto verrät nicht nur etwas darüber, wie der Begriff des Fortschritts interpretiert wurde (dass Fortschritt nämlich im Unterschied zur Zukunft nicht automatisch eintritt, sondern politisch ›gemacht‹ werden muss und dass er, im Gegensatz zur unbestimmten Zukunft, kommen *soll*), sondern zeigt vor allem, dass gerade dieser Begriff und der mit ihm verbundene politische Gestaltungsanspruch als wesentliches Distinktionsmerkmal zum politischen Gegner herausgestellt wurde. Die Beschlüsse, die 2016 auf dem Parteikonvent der SPD gefasst wurden, standen unter dem Motto ›Fortschritt und Gerechtigkeit‹. Dieses Begriffspaar, so erklärte der Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel, sei die »Seele der Partei«.² Die Selbstbeschreibung als Partei des Fortschritts vereinfacht aber die Sache. Wie gezeigt werden soll, hat die Rede über Fortschritt in der Sozialdemokratie eine wechselvolle und ambivalente Geschichte, angesichts derer der heutige, recht ungebrochene Bezug auf das Schlagwort Fortschritt doch ein wenig überrascht.

Der Geschichte des Fortschrittsbegriffs in der deutschen Sozialdemokratie soll im Folgenden in einigen

wichtigen Momenten durch eine Untersuchung der Programmtexte nachgegangen werden. Dazu wurde auch auf die Methoden der digitalen Korpusanalyse zurückgegriffen. Der Schwerpunkt liegt in diesem Beitrag auf der Herausbildung und der Erosion der ›klassischen‹ Prägung des Fortschrittsbegriffs in der SPD in der Bundesrepublik. Er wurde nach der Neuausrichtung der SPD beim Parteitag in Bad Godesberg 1959 in besonderer Weise mit benachbarten Kategorien gekoppelt und hat so die grundlegende politische Zielsetzung und das Selbstbild der Partei nachhaltig geprägt.

2. ZUR TEXTSORTE UND ZUM KORPUS

Die Textsorte *Parteiprogramm* steht fast schon traditionell im Zentrum der Aufmerksamkeit der Politolinguistik. Auch wenn bereits Reinhart Kosellecks Konzeption der *Geschichtlichen Grundbegriffe* die Untersuchung der »Akten der Stände und Parlamente, der Verwaltung und Politik«³ vorgesehen hatte, finden derartige Texte aus dem Bereich der politischen Kommunikation in der begriffsgeschichtlichen Forschung bis heute vergleichsweise wenig Beachtung.⁴

1 Der vorliegende Beitrag entstand auf der Grundlage von Überlegungen, die gemeinsam mit meinen Kolleginnen Luisa Fischer und Susanna Weber auf der Tagung »Begriffsgeschichte und die Epochenschwellen der Moderne« (Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin; 18./19.11.2015) vorgestellt wurden.

2 Sigmar Gabriel: »Wie die SPD für mehr Gerechtigkeit sorgen will«. <<http://www.vorwaerts.de/artikel/spd-mehr-gerechtigkeit-sorgen-will>>, 14.06.2016.

3 Reinhart Koselleck: »Einleitung«. In: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, XXIV.

4 Was im Falle der Geschichtlichen Grundbegriffe natürlich zu einem großen Teil schlicht dadurch bedingt ist, dass die Textsorte im favorisierten Zeitraum der ›Sattelzeit‹ noch kaum institutionalisiert war. Eine bemerkenswerte Ausnahme der neueren Begriffsgeschichtlichen Forschung stellt der finnische Politikwissenschaftler Kari Palonen dar, der wiederholt für eine systematische Verbindung von Begriffsgeschichte und Politikwissenschaft plädiert und die Nichtbeachtung der politischen Kommunikation und der Politikwis-

Charakteristisch für die Textsorte Parteiprogramm sind die institutionalisierten Konventionen der Produktion und Rezeption in einem spezialisierten Diskursumfeld. Parteiprogramme werden von Experten im Hinblick auf eine Lektüre durch Fachleute verfasst, wobei stets einzurechnen ist, dass diese Lektüre nicht wohlwollend und kooperativ stattfindet, sondern, mitunter feindlich gestimmt, gezielt nach Schwachstellen sucht:

Entgegen der sonst gültigen Regel, daß ein Autor auf die Kooperationsbereitschaft, auf den guten Willen also, seiner Leser bauen kann, ja bauen muß, wenn er verstanden werden will, haben die Autoren eines Parteiprogramms die Gewißheit, daß ein Teil ihrer Leser sie wird mißverstehen wollen. Auch wenn gegen den Strich gelesen, muß daher ein Parteiprogramm unmißverständlich sein. Auch noch bei böswilliger Interpretation muß jeder einzelne Satz eines Parteiprogramms unangreifbar sein. Auch noch das aus dem Zusammenhang gerissene Zitat daraus darf nur so verstanden werden können, wie es gemeint war. Wer ein Parteiprogramm verfaßt, der ist in der Situation eines Menschen im Verhör, der weiß: alles, was er sagt, kann gegen ihn verwendet werden.⁵

Parteiprogramme finden üblicherweise außerhalb des Politikbetriebes keine besonders große Leserschaft und die gemeinen Wähler stellen auch gar nicht die primären Adressaten dar. Schon ein rein äußerliches Merkmal wie der Umfang heutiger Parteiprogramme macht deutlich, dass es weniger um die direkte Ansprache potenzieller Wähler geht (so ist z.B. das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 stattliche 120 Seiten lang!). Neben den *nach außen* gerichteten Kommunikationsfunktionen (z.B. in Richtung des politischen Gegners oder der Medien) sind die *nach innen* gerichteten Funktionen von Parteiprogrammen von besonderer Bedeutung. Gerade weil sie zu einem großen Teil der Identifikation und Integration

der eigenen Parteimitglieder dienen, stellen Parteiprogramme auch für die Begriffsgeschichte eine relevante Quellengruppe dar. Parteiprogramme leisten vor allem eine »korporative Selbstthematierung« und »symbolische Selbstverortung«⁶, die Unterscheidbarkeit und Identität im politischen Feld konstituieren. Die Selbstbeschreibung und die Deutung politischer und gesellschaftlicher Problemlagen durch die Akteure werden dabei erkennbar. Parteiprogramme sind weniger wegen etwaiger diskursiver *Wirkungen* interessant, sondern vielmehr weil sie vergangene Problemdeutungen und Weltansichten einer sozialen Gruppe *indizieren*.

Damit sind diese Texte vor allem für eine Begriffsgeschichte interessant, die davon ausgeht, dass im Gebrauch der Begriffswörter »die programmatischen Identitäten der gesellschaftlichen Gruppen, [...] die Selbsteinschätzung ihrer gesellschaftlichen Perspektive, [...] ihr Widerstand gegen die Verhältnisse oder ihre symbolische Unterwerfung unter diese [steckt]«.⁷ Nach Clemens Knobloch müsste Begriffsgeschichte »in ihrer Zuwendung zu vergangenen Kommunikationsformen die Kürzel und Spuren derjenigen gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse entziffern, die von den ehemals Beteiligten in actu hergestellt, betätigt, definiert und organisiert worden sind« (17). Begriffe werden dabei als »Funktionselemente historisch bestimmter Sprechfähigkeit« (12) bestimmt und untersucht. Damit ist jede (so verstandene) Begriffsgeschichte etwas völlig anderes als eine an lexikalischen Eigenschaften interessierte (linguistische) Wortgeschichte. Von Interesse sind also weniger denotative Bedeutungselemente der (Grund-)Begriffe, sondern vielmehr die kommunikativ-diskursive Dynamik, in die die Begriffe eingebunden sind und die sie mitunter auch selbst evozieren. Dieses Verständnis impliziert auch, dass die Fixierung auf Einzelbegriffe aufgegeben werden muss: »[W]enn man es wirklich ernst meint mit der Isolierung diskursiver Sinnkonstanten,

senschaft durch Teile der begriffsgeschichtlichen Forschung kritisiert hat. Vgl. Kari Palonen: »Begriffsgeschichte und/als Politikwissenschaft«. In: *Archiv für Begriffsgeschichte*, Bd. 44 (2002), 221–234.

5 Fritz Hermanns: »Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«. In: Josef Klein (Hg.): *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*. Opladen 1989, S. 118.

6 Andreas Dörner: »»Rechts«, aber nicht »draußen«. Zur Selbstverortung in den Parteiprogrammen der REPUBLIKANER«. In: Andreas Dörner, Ludgera Vogt (Hg.): *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Beiträge zur politischen Kommunikation in der Moderne*, Berlin, New York 1995, S. 364–395.

7 Clemens Knobloch: »Überlegungen zur Theorie der Begriffsgeschichte aus sprach- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht«. In: *Archiv für Begriffsgeschichte*, Bd. 35 (1992), 7–24. Vgl. auch: Ernst Müller/Falko Schmieder: *Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium*, Berlin 2016, S. 504ff.

dann wird man nicht umhin können, die Bindung an eine Wortgestalt (und damit auch die lexikalische Darstellungsform) aufzugeben« (9). Dieser Punkt wurde bereits in den Methodendiskussion zur Begriffsgeschichte, die in den 1970er Jahren um die *Geschichtlichen Grundbegriffe* entstanden, ausführlich thematisiert. Heiner Schulz plädierte in diesen Debatten aus teilweise ähnlichen Erwägungen wie Knobloch für die Untersuchung von Argumentationen und »Begriffsfeldern«.⁸ Ernst Müller und Falko Schmieder beschreiben diesen Punkt im jüngst erschienenen kritischen Compendium der Begriffsgeschichte als einen von zwei »zentralen Vorwürfe[n]« aus dem »Standardrepertoire der Koselleckkritik«⁹ Ende der 1970er Jahre. Neben Knobloch und Schulz hat (wenn auch auf anderer theoretischer Grundlage und mit anderer Zielsetzung) Dietrich Busse mehrfach für die Lösung vom Einzelbegriff plädiert:

Jede semantische Analyse, die am Einzelzeichen oder Wort ansetzt und eine isolierte Wortsemantik für möglich hält, ist – vom epistemologischen oder tiefensemantischen Standpunkt aus betrachtet – als eine Art Eisbergspitzen-Semantik aufzufassen, weil sie achtzig bis neunzig Prozent dessen, was als Wissen notwendig ist, um die Bedeutung eines Wortes im Kontext vollständig zu aktualisieren, unexpliziert lässt, ignoriert oder bestenfalls als selbstverständlich gegebenes Alltagswissen voraussetzt und damit als uninteressant (für weitere wissenschaftliche Betrachtung bzw. semantische Explikation) abtut. Wenn historische Semantik als Begriffsgeschichte methodisch begründet wird, dann hat eine linguistisch motivierte Konzeption einer Tiefensemantik damit zunächst vor allem deswegen Probleme, weil im Kontext der Theorietradition der Sprachwissenschaft der Terminus »Begriff« mit einer isolierenden und reduktionistisch verfahrenen Wortsemantik auf das Engste verknüpft ist.¹⁰

Begriffe stehen aus dieser Perspektive immer in für ihre Funktionieren als Grundbegriff relevanten Relationen zu semantisch und rhetorisch benachbarten, konkurrierenden oder antonymischen Konzepten. Bei der Analyse und Beschreibung der Funktion von Begriffen in historischen Diskursen ist das sprachwissenschaftliche Konzept der *Kollokation* von zentraler Bedeutung und äußerst mächtig. Gerade hierbei eröffnen sich durch die Nutzung des Computers und maschinenlesbarer Korpora auch für begriffsgeschichtliche Untersuchungen neue Möglichkeiten.

Das skizzierte Verständnis von Begriffen impliziert eine gewisse Distanz zu der Neigung zu epochenübergreifenden und epochenkonstituierenden Synthesen, die für die politisch-soziale Begriffsgeschichte in der Tradition Kosellecks und der Geschichtlichen Grundbegriffe charakteristisch war und ist. Begriffsprägungen und -verwendungen sind so unter den jeweiligen, historisch konkreten Anforderungen und Problemlagen stärker situativ zu verstehen und zu untersuchen; auch wenn in konkreten Verwendungssituationen natürlich länger angelagerte und aggregierte evaluative oder deontische Gehalte der Begriffswörter eine große Rolle spielen können.

Dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden: Es ist bekannt, dass sich die SPD im Godesberger Programm 1959 entschieden von der eigenen Geschichte und dem ehemaligen Selbstverständnis als marxistische Arbeiterpartei verabschiedet und sich als ›Volkspartei‹ in der jungen Bundesrepublik neu zu positionieren versucht. Der Sozialismus, der immer noch (und mehr denn je) der zentrale Hochwertbegriff zur Selbstbeschreibung ist, wird nun stets als ›demokratischer‹ attribuiert. Ideengeschichtlich verwurzelt ist dieser demokratische Sozialismus nach Auskunft des Godesberger Programms »in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie« (Grundsatzprogramm 1959). Demonstrativ ausgespart wird die marxistische Theorietradition, die in den vorigen Grundsatzprogrammen und besonders auch im vorhergehenden Heidelberger Programm (1925) noch die Ausrichtung bestimmt hatte. Diese Auslassung ist oft beschrieben und viel diskutiert worden. In einer Textsorte, in der es üblich ist, sich zu allem Möglichen

8 Heiner Schulz: »Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte«. In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, (= Sprache und Geschichte, Bd.1). Stuttgart 1979, S. 43–74.

9 Müller/Schmieder: *Begriffsgeschichte und historische Semantik*, S. 373.

10 Dietrich Busse: »Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte? Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantischen Epistemologie«. In: Carsten Dutt (Hg.): *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*. Heidelberg, 2003: S. 21. Interessanterweise bezieht Busse diese Kritik rückblickend (und ganz anders als noch in den 1980er Jahren) gerade nicht auf Kosellecks Konzeption der

Begriffsgeschichte, denn es »stand nie in Zweifel, dass das von Reinhart Koselleck und anderen vertretene Konzept der Begriffsgeschichte mit diesem begriffstheoretischen Reduktionismus des linguistisch-semantische Mainstreams nichts gemein hat.«

zu bekennen, um keinerlei Zweifel über den eigenen politischen Standort zu lassen, und zwar auch, wenn das, wozu man sich bekennt, völlig außer Zweifel steht (Demokratie, Freiheit, Verfassung...), kann das Nichterwähnen eines zuvor so zentralen Elementes nur als nachdrückliche Distanzierung interpretiert werden. Die Nichterwähnung des Marxismus als eigene Traditionslinie ist um so auffälliger, als dieser Teil der eigenen Geschichte so nicht leise und diskret verabschiedet wird, sondern eingedenk der Rezeptionskonventionen von Parteiprogrammen im Politikbetrieb vielmehr als demonstrative Distanzierung von einem wichtigen Bestandteil der eigenen Geschichte verstanden werden soll.¹¹ Fritz Hermanns bemerkt dazu in seiner Analyse des Godesberger Programms, dass »es nicht falsch [ist], was da das Godesberger Programm über die Wurzeln des Sozialismus sagt (es ist bloß trivial, denn fast alles ist in Europa auf die eine oder andere Art und Weise in Christentum, Humanismus und klassischer Philosophie verwurzelt); es lässt aber Wichtiges aus, das offenbar jetzt stört, wie eine böse Erinnerung. Etwas, das offenbar jetzt nur noch peinlich ist und das den Leser nur auf falsche Gedanken bringen könnte«.¹²

Weit weniger bekannt ist, dass diese demonstrative Auslassung im Godesberger Programm später ebenso demonstrativ wieder zurückgenommen wurde, wenn im Berliner Programm aus dem Jahr 1989 (sogar die Formulierung von 1959 aufgreifend!) herausgestellt wird, dass der demokratische Sozialismus »seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung« (Grundsatzprogramm 1989) habe. Interessanterweise bot gerade diese Rücknahme der Korrektur des Selbstverständnisses kaum Anlass für Diskussionen, obwohl es um die Gestaltung des Berliner Programms zuvor teilweise heftigen parteiinternen Streit gegeben hatte: »[D]ie geschichtlichen Wurzeln, auf die die SPD sich berief, waren nicht umstritten; so wenig, daß auch *Marx* wieder ins Boot genommen wurde, allerdings um den Preis der vorrangigen Nennung des Christentums«.¹³

Auch bei der Neufassung des Programms im Jahr 1998 (im Jahr, als Gerhard Schröder Bundeskanzler wurde), blieb dieser Satz unangetastet. Hiermit wird keine Rückkehr zu einem alten Selbstverständnis vollzogen, sondern die Wiedereingliederung des Marxismus in die eigenen Traditionslinien ist den kommunikativen Anforderungen der Parteipolitik geschuldet: In einer Phase der Verunsicherung und Infragestellung von sozialdemokratischen Gewissheiten sollen weitere Irritationen des Selbstverständnisses vermieden werden. Der Bezug auf die eigene marxistische Tradition soll vor allem den linken Parteiflügel in der Zeit der Neuausrichtung der Partei auf die ›Neue Mitte‹ besänftigen. Beide Neuprägungen des (demokratischen) Sozialismus in den Jahren 1959 und 1989 entspringen somit viel stärker den jeweiligen situativen Anforderungen der Kommunikation im Politikbetrieb als längerfristigen begriffsgeschichtlichen Bewegungen.

Die Grundlage der vorliegenden Untersuchung zur sozialdemokratischen Geschichts- und Fortschrittssemantik bildet ein digitales Textkorpus mit Parteiprogrammen der deutschen Sozialdemokratie¹⁴. Die Texte lassen sich in drei Gruppen unterteilen: *Grundsatzprogramme* wurden beginnend mit dem Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869 bis zum aktuell gültigen Hamburger Programm aus dem Jahr 2007 vollständig erfasst. Dazu enthält das Korpus die Wahl- und Regierungsprogramme zu den Bundestagswahlen seit Bestehen der BRD und auch die Europaprogramme seit 1979. Die dritte Gruppe bilden Texte aus Kommissionen und Ausschüssen, die sich mit Einzelaspekten der Parteiprogrammatik beschäftigen, aber selber keinen offiziellen Programmstatus haben (also auch nicht durch Parteitage beschlossen wurden), wie z.B. Texte aus der 1973 von Willy Brandt einberufenen Grundwertekommission.

Auch wenn das Zeitintervall von 1869 bis 2014 sehr groß ist, liegt der Fokus klar auf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, beginnend mit der Neuausrichtung der Programmatik im Godesberger Programm 1959 (über 95% der laufenden Wörter bzw. Token liegen in

11 Es gibt weitere Stellen im Godesberger Programm, die als klare Zurücknahme von ehemals vertreten Positionen verstanden werden sollen, etwa wenn klargestellt wird, dass die Sozialdemokratische Partei »im ganzen deutschen Volke« lebe und wirke.

12 Hermanns: »Deontische Ontologien«, 1989: S.86.

13 Helga Grebing: »Ideengeschichte des Sozialismus in

Deutschland. Teil II«. In: Dies. (Hg.): *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik*. Ein Handbuch. Wiesbaden 2005: 580.

14 Das umfasst die SPD und die Vorläuferorganisationen Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP).

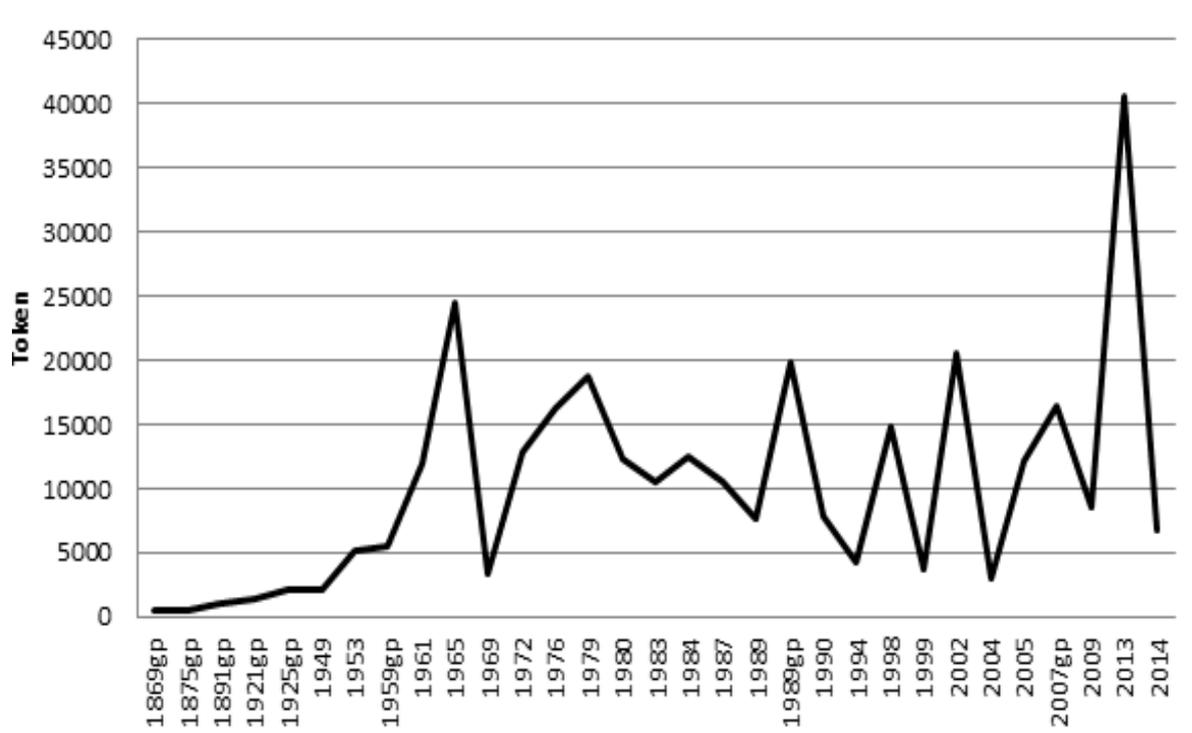


Abbildung 1: Das Korpus im Überblick

diesem Zeitabschnitt). Insgesamt besteht das Korpus aus 33 Programmtexten mit knapp 360 000 Token.

Damit handelt es sich zwar nach aktuellen Maßstäben um ein kleines Korpus, es ermöglicht aber für einen klar abgegrenzten Diskursbereich genaue Analysen von punktuellen semantischen Verschiebungen.

Um eine verlässliche und homogene Textbasis zu erhalten, wurden die Texte, sofern keine verlässliche digitale Fassung vorlag, per Texterkennung digitalisiert und eine genaue manuelle Fehlerkorrektur durchgeführt. Inhaltsverzeichnisse und Register wurden entfernt. Zusätzlich wurden alle Texte lemmatisiert, um aussagekräftigere Abfragen zu ermöglichen und Einzelabfragen der verschiedenen Flexionsformen zu vermeiden. Die Korpusanalysen wurden mit der korpuslinguistischen Analysesoftware AntConc durchgeführt.

Die Nutzung digitaler Korpora ist im Bereich der linguistischen Diskursanalyse längst etabliert. In der Begriffsgeschichte ist das (noch) nicht der Fall, obwohl in der Theorie- und Methodendiskussion schon seit längerer Zeit der mögliche Nutzen und die Implikationen des Computers für begriffsgeschichtliche Fragen reflektiert werden.¹⁵ Die Nutzung digitaler Korpora für

die politisch-soziale Begriffsgeschichte bietet nicht nur unbestreitbare Vorteile, sondern birgt auch die Gefahr, auf eine Aneinanderreihung von Fakten und besonders Ausdruckshäufigkeiten reduziert zu werden. Dabei darf es keinen Zweifel daran geben, dass begriffsgeschichtliche Phänomene nicht identisch sind mit Veränderungen der sprachlichen Ausdrucksseite. So gilt einerseits, dass die alleinige Vorkommenshäufigkeit eines Ausdrucks keinesfalls ein ausreichendes Indiz für den Erfolg oder die (politische) ›Brisanz‹ eines Begriffs bietet. Die häufige Verwendung eines Ausdrucks mag darauf hinweisen, dass dieser eine Problemlage oder einen Sachverhalt besonders trifft. Das häufige Vorkommen eines Begriffswortes kann aber andererseits genauso ein Zeichen dafür sein, dass es bereits rhetorisch verschliffen und semantisch ausgehöhlt ist. Das Ausbleiben eines Ausdrucks zu einer bestimmten Zeit dagegen kann einerseits anzeigen, dass der entsprechende Begriff unpopulär oder unwichtig ist, aber auch, dass er für die Sprecher im konkreten Kommunikationszusammenhang völlig unproblematisch oder unhinterfragt ›gültig‹ ist. Das Hinzuziehen (digitaler) Korpora und die damit verbundenen Möglichkeiten der Erhebung ›objektiver‹ statischer Daten führen also keineswegs zu einem Rückgang der Notwendigkeit qualitativer Untersuchungen.

¹⁵ Vgl. Gunter Scholtz: »Vom Nutzen und Nachteil des Compu-

ters für die Begriffsgeschichte«. In: Ernst Müller (Hg.): *Begriffsgeschichte im Umbruch?* Hamburg 2005, S. 185–194.

Im Gegenteil ist Gunther Scholz zuzustimmen, dass die Verfügbarkeit von mehr Daten die Notwendigkeit der Interpretation noch erhöht, »da das Datenmaterial sonst stumm bleibt«.16 Ebenso deutlich charakterisiert Fritz Hermanns diese Problematik und die mit ihr verbundene Spannung zwischen den Paradigmen der Korpusanalyse und der historischen Semantik:

Sind die Texte einmal im Computer, braucht man die Texte daher gar nicht mehr zu lesen, so das Ideal der Korpuslinguistik. Als die Teile eines Korpus warten Texte sozusagen nur noch darauf, daß man sie verzettelt. Die Verzettelung der aus dem Text gewonnen Belege ist die zweite Phase dessen, was man eine Textzerstörung nennen könnte. Dessen erste Phase ist aber bereits die Sinnlosmachung eines Textes dadurch, daß man ihn aus seinen intertextuellen und historischen Zusammenhängen isoliert. Der Begriff Diskurs als Leitwort der historischen Semantik könnte helfen, die Zusammenhänge wieder in den Blick zu rücken, denen Texte ihre Existenz und ihre Form und ihren Sinn verdanken.17

Was Hermanns hier im Hinblick auf die Diskursanalyse formuliert, hat zweifellos ebenso Gültigkeit für die Nutzung des Computers und digitaler Korpusanalysen in der Begriffsgeschichte. Ohne Beachtung der situativ-kommunikativen Rahmenbedingungen einer Begriffsverwendung bleibt die Arbeit mit einem digitalen Korpus für die Begriffsgeschichte blind.

3. DISTRIBUTION VON ERWARTUNGS- UND ZIELBEGRIFFEN IM KORPUS

Ein erster, weitgehend ›induktiver‹ und nicht am einzelnen Begriff ansetzender Zugang zu einer Untersuchung der Ziel- und Erwartungsbegrifflichkeit18

im Korpus könnte darin bestehen, die Häufigkeiten der entsprechenden Begriffswörter in den Texten festzustellen. Die Frage lautet sodann: In welchen Texten (bzw. in welcher Zeit) taucht ein gesuchter Ausdruck wie oft auf? Dabei können erste Erkenntnisse über die Konjunkturen verschiedener Ausdrücke gewonnen werden. Insbesondere können die Stellen im Korpus identifiziert werden, in denen ein Begriffswort besonders intensiv diskutiert wurde. Allerdings zeigt sich hier schnell, dass sich nicht von Verwendungshäufigkeiten auf die programmatische Relevanz der Ausdrücke schließen lässt. Eine Suche nach den zehn häufigsten Erwartungs- und Zielbegriffen in der Wortliste aller offiziellen Parteiprogramme19 führt zu folgendem Ergebnis:

	Frequenz	
1	323	Freiheit
2	312	Demokratie
3	281	Frieden
4	217	Gerechtigkeit
5	217	Reform
6	185	Verbesserung
7	182	Fortschritt
8	163	Investition
9	163	Wachstum
10	147	Wohlstand
...	69	Sozialismus

Abbildung 2: Wortliste Erwartungsbegriffe

Begriffe, deren Gebrauch im Zuge der neuzeitlichen ›Verzeitlichung‹ »völlig aus dem Kontext gegenwärtiger Erfahrungen‹ abgelöst wird und die Zukunftserwartungen formulieren, nennt er (reine) »Erwartungsbegriffe«. Besonders charakteristisch ist dies für die neuzeitlichen Kollektivsingulare, z.B. wenn aus (erfahrenen) Fortschritten ›der Fortschritt‹ abstrahiert wird. Vgl. Reinhart Koselleck: »Die Geschichte der Begriffe und die Begriffe der Geschichte«, in: Ders. (Hg.): *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen Sprache*. Frankfurt a.M. 2006, S. 56–76, hier S. 68. In ganz ähnlicher Weise spricht Koselleck auch oft von ›Bewegungsbegriffen‹.

19 Also eine Auflistung der im Korpus vorkommenden Lexeme, sortiert nach Vorkommenshäufigkeit. Dabei wurden nur die offiziellen Parteiprogramme (Grundsatz, Wahl- bzw. Regierungsprogramme und Europaprogramme) beachtet, um Verfälschungen durch die Themengebundenheit von z.B. Berichten aus Kommissionen zu vermeiden. Aus dieser Liste wurden die zehn häufigsten substantivischen Treffer entnommen, die einen zukünftigen Zustand oder eine politische Zielsetzung formulieren.

16 Ebd., S. 189.

17 Fritz Hermanns: »Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte«. In: Heidrun Kämper/Angelika Linke/Martin Wengeler (Hg.): *Fritz Hermanns: Der Sitz der Sprache im Leben. Beiträge zu einer kulturalanalytischen Linguistik*, Berlin 2012, S. 5–36, hier S. 26.

18 Koselleck geht davon aus, »daß die Bedeutung von Begriffen vergangene Erfahrung, gegenwärtige Realität und Erwartungen für die Zukunft in verschiedener Mischung enthalten kann«. Vgl. Reinhart Koselleck: »Hinweise auf die temporalen Strukturen begriffsgeschichtlichen Wandels«, in: Ders. (Hg.): *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen Sprache*, Frankfurt a.M. 2006, S. 86–98, hier S. 92.

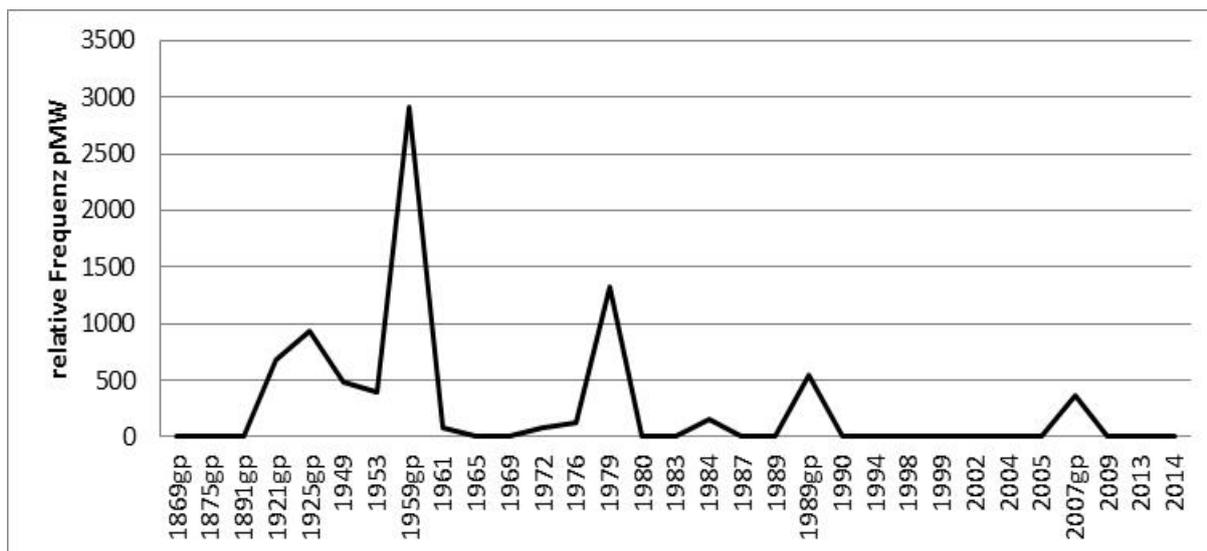


Abbildung 3: Wortverlauf Sozialismus

Auch wenn das auffallend häufige Vorkommen des Ausdrucks *Freiheit* in den sozialdemokratischen Parteiprogrammen ein so möglicherweise nicht zu erwartender Befund ist²⁰, gibt diese rein quantitative Bestimmung keine Auskunft über die Relevanz der Ausdrücke für die politische Selbstbeschreibung und die ›programmatische Identität‹ der Sozialdemokratie. Begriffslogisch wird in den Grundsatzprogrammen seit dem Godesberger Programm 1959 Freiheit dem schon erwähnten (demokratischen) Sozialismus untergeordnet, indem sie als einer von drei Grundwerten des Sozialismus terminologisch fixiert wird.

Auch die verschiedenen Sprachthematizierungen²¹, Definitionsversuche und begrifflichen Neuprägungen, besonders in den Grundsatzprogrammen (die im Falle von Freiheit nicht in vergleichbarer Weise vorgenommen werden), lassen daran keinen Zweifel. Sozialismus provoziert Streit um das eigene Selbstverständnis.²²

Schon ein rein quantitativer Überblick über die Verwendungshäufigkeit des Begriffswortes ›Sozialismus‹ zeigt, dass der programmatische Zielbegriff Sozialismus in den frühen Programmen noch gar nicht sprachlich realisiert wurde, sondern erst in den Texten aus der Zeit der Weimarer Republik auftaucht.²³ Sieht man von einigen wenigen verstreuten Vorkommen ab, fällt es auf, dass der Ausdruck verstärkt in den Grundsatzprogrammen seit dem Godesberger Programm gebraucht wird, wobei das erste SPD-Programm zu einer Europawahl im Jahr 1979 eine bemerkenswerte Ausnahme ist. Dies scheint die geläufige These zu bestätigen, dass der Begriff in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und bis heute zwar zum grundlegenden Selbstverständnis zumindest von Teilen der Partei gehört und daher auch in den Grundsatzprogrammen präsent bleibt, aber in den am politischen Geschäft näher angeschlossenen Wahlprogrammen keine Rolle spielt und ihm so auch für das konkrete Politik- und Gesellschaftsverständnis keine nennenswerte Identifikations- und Orientierungsfunktion zukommt.

20 Der bei einer rein hermeneutischen Sichtung der Texte auch kaum aufgefallen wäre.

21 Vgl. Noah Bubenhofer/Joachim Scharloth: »Sprachthematizierungen. Ein korpuslinguistisch-frequenzorientierter Zugang«, in: Aptum. *Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* (2014), Nr. 2, S. 140–154.

22 Dieses Beispiel verdeutlicht auch, dass einem rein quantitativ-induktiven und weitgehend voraussetzungslosen Zugang zur Korpusanalyse, wie er in der Linguistik als ›corpus-driven‹ bezeichnet (und oft gegenüber hypothesengeleiteten Analysen präferiert) wird, für begriffsgeschichtliche Fragen enge Grenzen gesetzt sind.

23 Auch ein adjektivischer Gebrauch findet, abgesehen von den Nennungen der Parteinamen, kaum statt.

4. DER FORTSCHRITTSBEGRIFF IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PROGRAMMATIK

Die ›klassische‹ sozialdemokratische Programmatik des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die vor allem durch den Zentrums-Marxismus um Karl Kautsky und August Bebel geprägt war, gilt gemeinhin als Ideologie, die einem naiven Fortschrittsoptimismus folgt. Wolfgang F. Haug und Tilman Reitz konstatieren, dass der Fortschritt als Kollektivsingular gegen die polemische Kritik, die Marx dem Begriff unterzogen hatte, »gefördert durch die Geschichtsphilosophie und Dialektik des späten Engels, Eingang in Diskurs und Mentalität der Arbeiterbewegung, zunächst v.a. der Hauptströmung der Sozialdemokratie« gefunden habe und »im *common sense* der Massen [verwurzelt war]«. Die Sozialdemokratie übernehme weitgehend den

den Jahren 1949 und 1953. Einzig im von Haug und Reitz zitierten Heidelberger Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1925 wird Fortschritt im genannten Sinne erwähnt, wenn festgestellt wird, dass »[n]icht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten [wird], den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen« (Grundsatzprogramm 1925). Fortschritt ist hierbei also eingebunden in das ›*Deutungsmuster*‹ einer stetigen, quasi-gesetzmäßigen Entwicklung, die konkret verstanden wird als kontinuierliche Steigerung der ökonomischen Potenziale der Gesellschaft durch Technik und Wissenschaft, die eine kontinuierliche Steigerung des Wohlstands für alle Gesellschaftsschichten ermöglichen würde, der in der konkreten politischen Formierung der Gesellschaft allerdings vollständig durch die Besitzenden angeeignet und den Arbeitern verwehrt wird.

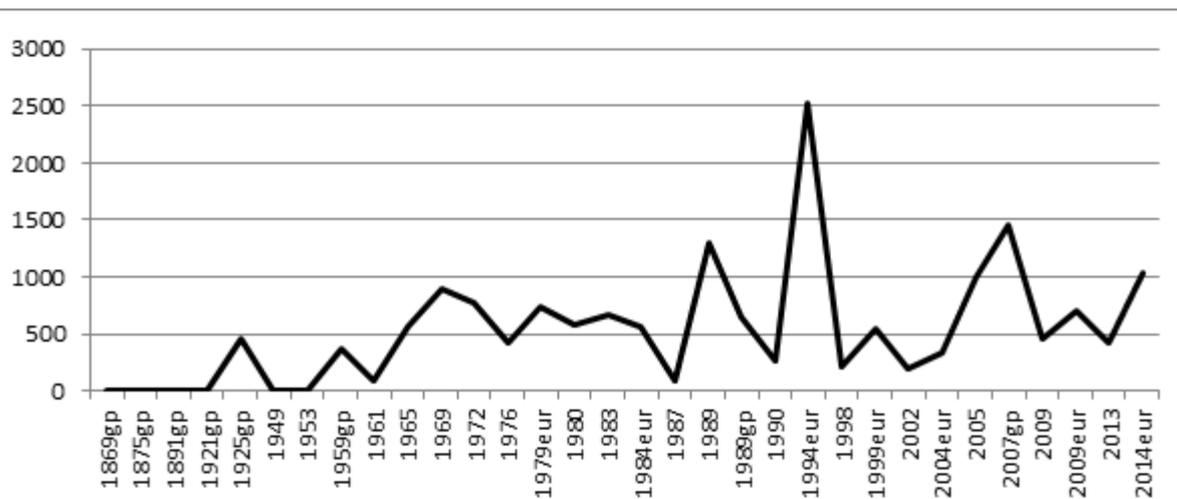


Abbildung 4: Wortverlauf Fortschritt

liberalen Fortschrittsoptimismus, der »Unterschied liegt nur darin, dass die Sozialdemokratie die Partizipation an den Segnungen des Fortschritts verbreitern möchte. In den Programmen der SPD schlägt sich diese Orientierung zunehmend nieder, bis zur vollends zahnem Fassung von 1925«.²⁴

Anders als diese These vermuten lässt, taucht der Ausdruck Fortschritt (ähnlich wie Sozialismus) in den Grundsatzprogrammen aus der Zeit vor 1925 überhaupt nicht auf. Dies gilt auch noch für die Wahlprogramme zu den ersten beiden Bundestagswahlen aus

Dieses Deutungsmuster lässt sich auch schon – in Übereinstimmung mit Haug und Reitz – in den älteren Grundsatzprogrammen vor 1925 nachweisen, ohne dass der Terminus Fortschritt dabei jedoch auftaucht. Dazu ein Beispiel aus dem theoretischen, maßgeblich von Kautsky verfassten, Teil des Erfurter Programms aus dem Jahr 1891:

(1) Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer

²⁴ Wolfgang Fritz Haug/Tilman Reitz: »Fortschritt«. In: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4., Hamburg 1999, S. 729.

verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern – bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung. (Grundsatzprogramm 1891)

Auf sprachlicher Ebene fällt neben der Vakanz des Begriffswortes Fortschritt die Fülle an Ausdrücken auf, die dem marxistischen ›Ideologievokabular‹ der Zeit zuzurechnen sind (bürgerliche Gesellschaft, Privateigentum an Produktionsmitteln, Proletarier, Monopolisierung, Kapitalist, Ausbeutung).

Dies lässt sich durch eine Keyword-Analyse quantifizieren und weiter belegen: Der Grundgedanke einer Keyword-Analyse besteht darin, die Verteilungshäufigkeit von Ausdrücken in zwei Korpora miteinander zu vergleichen, um so die – relativ zum Vergleichskorpus – statistisch überdurchschnittlich oft in einem Korpus auftauchenden Ausdrücke bzw. Schlüsselwörter zu ermitteln.²⁵ Dies dient üblicherweise dazu, das für einen bestimmten Diskurs typische Vokabular zu ermitteln. Auch für begriffsgeschichtliche, diachrone Untersu-

25 Bei diskursanalytischen Arbeiten wird das Untersuchungskorpus, das den zu untersuchenden Diskurs abbilden soll, in der Regel mit einem Referenzkorpus verglichen, das entweder (wie z.B. das DWDS-Korpus oder das Deutsche Referenzkorpus DeReKo des Instituts für Deutsche Sprache) eine ganze Sprache abbilden soll, oder aber ein Referenzkorpus verwendet, das in seiner Zusammenstellung dem Untersuchungskorpus ähnelt, wobei aber keine semantischen Kriterien zugrunde liegen. So könnte man z.B. für eine Untersuchung des aktuellen Mediendiskurses zum Fortschritt ein Untersuchungskorpus erstellen, das alle Artikel des letzten Jahrgangs einer beliebigen Tageszeitung sammelt, in denen die Zeichenfolge ›Fortschritt‹ enthalten ist. Dieses Untersuchungskorpus könnte dann mit einem Referenzkorpus verglichen werden, das ebenfalls aus Texten dieses Jahrgangs der gleichen Zeitung besteht, wobei die Texte zufällig ausgewählt werden. Das Ziel bestünde dann darin, die Ausdrücke bzw. Schlüsselwörter zu identifizieren, die im Fortschrittsdiskurs dieser Zeitung besonders typisch sind.

chungen kann es ausgesprochen nützlich sein, die Wortfrequenzen zweier Korpora zu vergleichen, wobei das übliche Vorgehen für synchrone diskursanalytische Untersuchungen abgewandelt werden muss. Dazu schlage ich vor, statt zweier semantisch distinkter Korpora *zeitlich abgegrenzte Teile* (Subkorpora) des Untersuchungskorpus miteinander zu vergleichen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, genaue Angaben über das *in einem bestimmten Zeitabschnitt typische Vokabular* machen zu können. Konkret wurden also hier die Programmtexte vor 1959 (Godesberger Programm) mit denen der Jahre 1960–1990 verglichen. Folgende Übersicht zeigt 30 Schlüsselwörter für den Zeitraum 1869–1959, sortiert nach statistischer Signifikanz²⁶:

SCHLÜSSELWÖRTER 1869–1959			
Rang	Freq.	LLR	Lexem
1	25	107.708	kapitalistisch
2	20	89.839	Arbeiterklasse
3	29	79.188	Arbeiter
4	30	76.082	Kampf
5	14	75.058	Arbeiterpartei
6	18	67.849	Produktionsmittel
7	16	54.387	Abschaffung
8	54	53.744	Partei
9	10	53.613	Sozialisierung
10	13	51.714	Befreiung

26 Für diese Berechnung wurde, wie bei den Kollokationsanalysen, auf die lemmatisierte Form der Texte zurückgegriffen. Dies führt zu deutlich aussagekräftigeren Ergebnissen, da nicht die verschiedenen Wortformen einzeln gezählt wurden (kapitalistisch/e/en/es), sondern hier tatsächlich die Häufigkeiten der Lexeme verglichen werden können. Die erste Spalte zeigt die Rangordnung der Ausdrücke sortiert nach statistischer Signifikanz. In der zweiten Spalte ist die absolute Frequenz des Lexems im Korpus notiert. In Spalte drei ist der Signifikanzwert angegeben, wobei dieser als log-likelihood Koeffizient (LLR) angegeben ist, der auch bei kleinen Ergebnissen zuverlässige Werte liefert.

11	18	49.151	sozialistisch
12	1951	47.419	d [der/die/das]
13	20	46.949	reich
14	12	46.908	Geschlecht
15	10	43.083	Privateigentum
16	20	40.863	man
17	12	40.321	Klasse
18	10	39.993	Masse
19	7	37.529	These
20	7	37.529	Unentgeltlichkeit
21	11	35.911	Unternehmung
22	13	35.498	Aktionsprogramm
23	56	35.034	Deutschland
24	6	32.168	Grundstoffindustrie
25	6	32.168	Kapitalist
26	7	28.278	Proletariat
27	48	27.502	sozialdemokratisch
28	11	26.665	Ausbeutung
29	6	26.568	Flüchtling
30	6	26.568	Proletarier

Abbildung 5: Schlüsselwörter 1869–1959

Diese Übersicht zeigt, dass im Zeitraum vor dem Godesberger Programm ein Sprachgebrauch vorherrschend ist, der sich maßgeblich auf Ausdrücke stützt, die aus sprachwissenschaftlicher Sicht dem *Ideologievokabular*²⁷ zuzurechnen sind. Damit ist gemeint,

27 Vgl. Walther Dieckmann: »Deutsch: politisch – politische Sprache im Gefüge des Deutschen«. In: Jörg Kilian (Hg.): *Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat*. Mannheim u.a. 2005 (=Thema Deutsch 6), S. 11–30.

dass die entsprechenden Ausdrücke neben der denotativen Bedeutungskomponente starke evaluative (bewertende) und deontische (handlungsauffordernde) Bedeutungsdimensionen aufweisen. Dazu kommt, dass der Gebrauch dieser Ausdrücke typischerweise stark ideologie- bzw. parteigebunden ist, also die Ausdrücke entweder exklusiv von einer bestimmten politischen Gruppe oder Partei verwendet werden (kapitalistisch, (Arbeiter-)Klasse, Proletariat...) oder bei gleichem Wortkörper in unterschiedlichen Sprechergruppen andere Bedeutungen und Gebrauchsregeln vorliegen (z.B. Produktionsmittel, Ausbeutung...). Bei diesem parteispezifischen Gebrauch sind die Ausdrücke zumeist stark programmatisch-theoretisch eingebettet und so in ihrer Bedeutung weitgehend terminologisch fixiert.

Dass sich der Fortschritt hier nicht einreicht, ist nicht vorrangig durch eine theoretisch fundierte Fortschrittskritik zu erklären, denn dazu sind die semantischen Schnittmengen zu einem »naiven«, vortheoretischen Fortschrittsglauben zu groß.²⁸ Aber die Verwendung des Fortschrittsbegriffs würde gerade die Spezifik der sozialdemokratischen Geschichtsauffassung unsichtbar machen, die in der Feststellung der Differenz zwischen ökonomischer Möglichkeit und gesellschaftlicher *Realisierung* und der damit präsupponierten deontischen Momente (die Notwendigkeit und Möglichkeit, diese Differenz durch eine grundlegende politisch zu bewerkstellende gesellschaftliche Umgestaltung zu schließen) besteht. Politisch steht Fortschritt im Diskurs der Zeit somit für eine Programmatik der Kontinuität der bisherigen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Entwicklungen. Mit der sozialdemokratischen Perspektive einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung ist der Begriff somit nicht zu verbinden. Anders gesagt: Fortschritt bleibt – trotz aller semantischen Überschneidungen – in der Zeit ein *Parteibegriff des politischen Gegners* in Form des liberalen Bürger-

28 Haug und Reitz weisen in ihrem Artikel nach, dass die Marx'sche Fortschrittskritik keinen Eingang in die frühe sozialdemokratische Theoriebildung findet. Vgl. Haug/Reitz: »Fortschritt« (Anm. 21), S. 729. Auch Denis Mäder stellt fest, dass es »erstaunlich« sei, »dass die frühen Programme der deutschen Sozialdemokratie (Braunschweig 1867, Nürnberg 1868, Eisenach 1869, Gotha 1875, Erfurt 1891), die teilweise unter dem Einfluss Marx'scher Theorien entstanden, zwar im Geiste des gesellschaftlichen Fortschritts geschrieben sind, dass allerdings der »Fortschritt« selbst hier nicht erwähnt wird [...]«. Denis Mäder: *Fortschritt bei Marx*. Berlin 2010, S. 48.

tums, dessen parlamentarische Stütze noch bis 1884 auch den Namen Deutsche Fortschrittspartei trug. Die Vakanz des Wortes Fortschritt in den frühen Grundsatprogrammen der Sozialdemokraten entspringt viel weniger theoretisch-programmatischen Differenzen zum Fortschrittsdenken, als vielmehr der kommunikativen Notwendigkeit der Abgrenzung zum politischen Gegner.

4.1 GODESBERG UND DIE 1960ER JAHRE

In die Programme der SPD hält die Rede vom Fortschritt in den 1960er Jahren Einzug (siehe Abbildung 3). Zunächst zeigt sich hier bei genauerem Hinsehen, dass die grundlegende Denkfigur des oben geschilderten Geschichtsverständnisses den Abschied vom Marxismus früherer Programme recht unbeschadet übersteht. Völlig neu ist allerdings die sprachliche Realisierung dieser Semantik. Der Glaube an eine weitere (bzw. neuerliche) kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaft und die sich daraus ergebende Möglichkeit stetig steigender ›Lebensqualität‹ werden bruchlos fortgeführt. Und ebenso wird daraus weiterhin die Notwendigkeit staatlicher sozial- und wirtschaftspolitischer Steuerung und Korrektur abgeleitet, um alle am steigenden Wohlstand zu beteiligen.²⁹ Allerdings tritt an die Stelle, an der im Heidelberger Programm noch von der »Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte« die Rede war, nun immer häufiger das politisch und ideologisch nicht festgelegte (Wirtschafts-)Wachstum.

Im Godesberger Programm, für das oft ein starkes, gar »naives« Vertrauen in die Dauerhaftigkeit und uneingeschränkte Nützlichkeit des Wirtschaftswachstums sowie eine »unreflektierte, wenn nicht gar naive Fortschrittseuphorie«³⁰ als Grundcharakteristikum ausgemacht wurden, werden die beiden Ausdrücke kaum gebraucht. Das entsprechende Argumentationsmuster ist allerdings auch hier vorhanden. Im mit

›Stetiger Wirtschaftsaufschwung« treffend betitelten Abschnitt heißt es:

(2) Die zweite industrielle Revolution schafft Voraussetzungen, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken. Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen. Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird. (Grundsatzprogramm 1959)

Eine tatsächliche und weitreichende programmatisch-inhaltliche Neuausrichtung des geschichtlichen Deutungsmusters wird allerdings insofern vorgenommen, als dieses nun mit ›Wettbewerb‹ und ›freier Markt‹ semantisch gekoppelt wird.

(3) Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. [...] Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. (Grundsatzprogramm 1959)

Eine Neuausrichtung der sozialdemokratischen Geschichtssemantik findet hier insofern statt, als das Bekenntnis nicht nur zur *politischen* Verfassung des Staates (das sich ja auch schon in der Weimarer Republik findet), sondern auch zu seiner grundlegenden *Wirtschaftsordnung* hier erstmalig explizit und verbindlich formuliert wird: Die Propagierung der Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung weicht der – unter den Bedingungen des ›Wirtschaftswunders‹ höchst plausiblen – Erwartung, dass das (wirtschaftliche) Wachstum in der durch aktive Wirtschaftspolitik, Sozialstaat und Korporatismus justierten sozialen Marktwirtschaft auch die Arbeiter und unterprivilegierten Schichten an steigendem gesellschaftlichem Wohlstand beteiligen werde.

In diesem Kontext ist in der Folge vom Fortschritt zunehmend exklusiv als *technischem* Fortschritt die

29 Zur Verschränkung des Fortschrittsdenkens mit Konzepten der Planung vgl. Gabriele Metzler: »Geborgenheit im gesicherten Fortschritt. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit«. In: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik*, Paderborn/München 2005, S. 777–797.

30 Grebing: »Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland« (Anm. 12), S. 444.

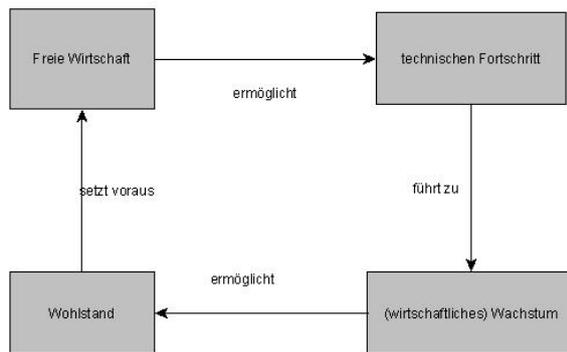


Abbildung 6: Deutungsmuster Fortschritt – Wachstum – Wohlstand

Rede. Als Kollektivsingular taucht er nur selten auf. Kategorial gekoppelt ist er mit der ihn ermöglichenden *freien Wirtschaft* (oder Wettbewerb), aus ihm resultierenden *Wirtschaftswachstum* und daraus resultierendem bzw. ermöglichtem *Wohlstand*.

In dieser Fassung gehört das kausale Deutungsmuster zum Kern der sozialdemokratischen Programmatik der jungen Bundesrepublik; in den Wahlprogrammen der 1960er und frühen 1970er Jahre wird es immer wieder formuliert und aufgerufen. Durch den Einbezug des freien Marktes als Ermöglichungsvoraussetzung von (technischem) Fortschritt, Wirtschaftswachstum und allgemeinem Wohlstand wird die Differenz zwischen der alten sozialdemokratischen Fortschrittskonzeption, die daraus, dass großen Teilen der Bevölkerung der Ertrag des Fortschritts vorenthalten wurde, die Notwendigkeit der Umgestaltung der Gesellschaft abgeleitet hatte, und der bürgerlich-liberalen Fortschrittssemantik tendenziell nivelliert. Wo der Verzicht auf das Wort Fortschritt in den vorigen Programmen noch die Differenz zur liberalen Fortschrittsemphase sprachlich markiert hatte, wird nun konsequenterweise auch ausdrucksseitig voll auf den Fortschritt gesetzt:

(4) Die neue Bundesregierung wird gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank die Währung schützen und die Stabilität unserer D-Mark sichern. Sie wird insbesondere den Wettbewerb stärken und wird dahin wirken, daß der technische Fortschritt in Form von Preissenkungen an den Verbraucher weitergegeben wird. Sie wird jedem Preiswucher entgegentreten. (Regierungsprogramm 1961)

(5) Die unternehmerische Investitionstätigkeit ist die Voraussetzung dafür, daß die Ergebnisse der Forschung sich in den Produktionsstätten ständig in technischen Fortschritt verwandeln. Nur eine vorausschauende Wirtschaftspolitik ist imstande, die Voraussetzungen für eine fortschreitende Automation zu schaffen und deren strukturelle Konsequenzen zu bewältigen. (Regierungsprogramm 1965)

(6) Die Steigerung der Produktivität, die Verbesserung der Lebensbedingungen für alle, die Selbstbehauptung des einzelnen und die Entfaltung menschlicher Freiheit in einer von Technik und Machtapparaten gekennzeichneten Welt werden durch den Fortschritt von Bildung und Wissenschaft bestimmt. Diesen Fortschritt zu sichern gehört zu den vorrangigen Aufgaben aller Politik. (Regierungsprogramm 1965)

(7) Wir werden auch künftig den Arbeitnehmern die Vollbeschäftigung und den Selbständigen die wirtschaftliche Existenz sichern. Niemand wird um den Arbeitsplatz fürchten müssen. Die Realinkommen werden weiter steigen. Wir werden dafür sorgen, daß Rationalisierung und technischer Fortschritt nicht zu Lasten des einzelnen gehen. Das Wachstum nach Maß wird von den Sozialdemokraten gewährleistet. (Regierungsprogramm 1969)

(8) Die neue Aufgabe von historischer Dimension, Europa zu einer Region wirtschaftlicher Stabilität, sozialen Fortschritts und steigender Lebensqualität zu machen, packen wir an. (Regierungsprogramm 1972)

Die Rede vom *sozialen* Fortschritt wie in (8) ist in den Programmen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts recht weit verbreitet. In dieser Verwendungsweise ist Fortschritt allerdings nicht in der beschriebenen Form mit Wachstum und Wohlstand gekoppelt. Sozialer Fortschritt ist Ziel politischer Betätigung, technischer Fortschritt eröffnet erst politische Gestaltungsräume. Rein quantitativ betrachtet wird der Fortschritt häufiger als *technischer* oder *technologischer* attribuiert. Dies zeigt ein Überblick über die statistisch signifikantesten Kollokationspartner des Lexems im Zeitraum von 1959 bis 1990:³¹

31 Zeitraum 1959–1990; Intervall (5/5). Da die Lexeme *tech-*

Rang	Stat. (MI)	
1	8.54963	technisch
2	6.99020	Wachstum
3	6.51215	Wissenschaft
6	5.59788	Möglichkeit
7	5.58810	sozial
8	5.35461	Frieden
10	4.94580	bei
11	4.79755	wirtschaftlich
13	4.67343	Entwicklung

Abbildung 7: Kollokationen Fortschritt 1959–1990

Als politischer Zielbegriff hat der Fortschritt auf diese Weise seine bürgerlich-liberale Parteilichkeit abgeschüttelt und taugt somit auch zunehmend (und bis heute andauernd) als Identifikationsbegriff des eigenen Lagers:

(9) Hinter Willy Brandt sammeln sich die jungen, die fortschrittlichen Kräfte der deutschen Politik. (Regierungsprogramm 1961)

Zusammenfassend lässt sich hier festhalten, dass die Zäsur in der sozialdemokratischen Programmatik, die auf dem Parteitag 1959 in Bad Godesberg beschlossen wurde, das Fortschrittsverständnis der SPD nicht grundlegend umstürzt. Der Kern des Geschichtsverständnisses und daran gebundene deontische Momente bleiben weitgehend intakt, allerdings den aktuellen politischen Anforderungen in der jungen Bundesrepublik angepasst. Die marktwirtschaftliche (zuvor: kapitalistische) Verfassung der Gesellschaft wird nicht nur akzeptiert, sondern systematisch in die eigene politische Semantik integriert. Völlig neu ist die sprachliche Realisierung. Hierbei steht der nun vermehrt gebrauchte Fortschrittsbegriff einerseits für die Kontinuität von Momenten der alten Geschichtsdeu-

nisch/technologisch deutlich seltener im Korpus vertreten sind als *sozial* (113 vs. 666), resultiert aus absolut betrachtet ähnlich vielen Token der Kollokation (18 vs. 20) eine deutlich höhere statistische Signifikanz der Kollokation von *Fortschritt* und *technisch* als der von *Fortschritt* und *sozial*.

tung, andererseits für die weitreichende Aufgabe der gesellschaftskritischen Dimension der alten Semantik, was dem eigenen Selbstverständnis als zukünftige Regierungs- und Volkspartei geschuldet ist. Die alte Ideologiesprache der Arbeiterbewegung ist nun praktisch völlig verschwunden, was vor allem auch eine neue symbolische Markierung der eigenen sozialen Gruppe bedeutet. Die ›Öffnung zur Mitte‹ ist so auch und besonders eine rhetorische Öffnung. Nicht mehr Arbeiter oder das Proletariat sind der Adressat der eigenen Politik, sondern, wie es im neuen Grundsatzprogramm heißt, ›der Mensch‹.

4.2 KRISE DER FORTSCHRITTS-SEMANTIK SEIT DEN 1970ER JAHREN

Das geschilderte Fortschrittsversprechen, wonach eine sozialdemokratisch gezähmte Marktwirtschaft durch jährliche hohe Wachstumsraten und immer weiter entwickelte Technologisierung und fortschreitende Wissenschaft zu immer mehr Wohlstand führt, wovon durch Umverteilung auch die unteren Bevölkerungsschichten ihren gerechten Anteil bekommen, war in den 1960er und frühen 1970er Jahren eine offensichtlich sehr überzeugende und politisch attraktive Narration. In Kombination mit der Demokratisierungssemantik bestimmt es das politische Leitbild der Partei in den erfolgreichen Zeiten der sozialliberalen Koalition unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt bis in die frühen 1980er Jahre. Aber bereits ab Mitte der 1970er Jahre gerät die Fortschrittssemantik in immer stärkeren Konflikt mit den wirtschaftlichen, sozialen und lebensweltlichen Erfahrungen, die unübersehbar in den politischen Diskurs Einzug halten. Insbesondere die aufkommende ökologische Frage und die Debatten über die ›Grenzen des Wachstums‹ sind hier die bekannten Stichworte. Und auch im Bereich der Wirtschaft zeigen zunehmende Krisenmomente (wie die Rezession 1974, die Stahlkrise in den späten 1970ern oder auch die Ölkrise), dass die Erwartung eines stetig und unbegrenzt andauernden Wachstums nicht der Realität entspricht. In diesem Diskursumfeld verliert die dem Fortschrittsbegriff inhärente Kontinuitätsvorstellung schnell jede Attraktivität und die Propagierung eines ›weiter-wie-bisher‹ wird schnell zur Bedrohung.

Dass die eigenen Grundwerte und die Grundsatzprogrammatik mit den ›sachgeschichtlichen‹ Entwicklungen und Erfahrungen der Menschen immer weniger in Deckung zu bringen ist, wird in der SPD schnell

registriert. Die schon im Juni 1973 durch Willy Brandt einberufene Grundwertekommission ist eine institutionelle Reaktion auf die Bewusstwerdung des Alterns der Grundsatzprogramm. Zwar soll die Kommission ausdrücklich kein neues Grundsatzprogramm erarbeiten oder vorbereiten, da »das Godesberger Programm« »für uns deutsche Sozialdemokraten nach wie vor verbindliche Leitschnur für unsere politische Arbeit« sei, wie Brandt noch 1977 betont. Allerdings werde man »Fragestellungen nachgehen, die nach 1959 hinzugekommen sind.«³² So findet man im von der Grundwertekommission erarbeiteten Diskussionspapier zu »Grundwerten in einer gefährdeten Welt«³³ eine Bestandsaufnahme des Aktualitätsverlustes sozialdemokratischer Grundüberzeugungen, die vor allem um die Entzauberung und »Erschütterung« des Fortschrittsglaubens kreist. So zeige sich inzwischen, »daß die Fortsetzung bisheriger Trends in der ökonomisch-technischen Entwicklung eine humane Zukunft gefährdet. [...] Das Godesberger Programm ging von raschem und stetigem wirtschaftlichem Wachstum aus. Heute wissen wir: Weder technologischer noch wirtschaftlicher Fortschritt sind selbstverständlich und problemlos« (Grundwerte: 10). Als »Kern des Fortschrittsglaubens« wird übereinstimmend zur Stellung des Fortschrittsbegriffs in der eigenen Programmatik die Überzeugung genannt,

(10) daß die Automatik der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Entwicklung auch die Durchsetzung der humanistischen Werte befördere und garantiere. Für die demokratische Arbeiterbewegung schien sich diese Erwartung im Zuge zunehmender materieller Besserstellung und wachsender sozialer Sicherheit auf Grund ihres gewerkschaftlichen Kampfes, aber auch im Prozeß fortschreitender Demokratisierung der Gesellschaft auf Grund ihres parteipolitischen Kampfes zu erfüllen. Zugleich verflachte der Fortschrittsglaube für breite bürgerliche Schichten zu der Vorstellung, der materielle, quantitative Fortschritt sei nicht nur die Grundlage und Garantie, sondern selbst

schon das Ganze des gesellschaftlichen Fortschritts. (Grundwerte: 11 f.)

Und zur immer deutlicher hervortretenden Ambivalenz des Fortschrittsglaubens und die Verunsicherung der eigenen Zukunftsperspektive schreibt die Grundwertekommission:

(11) Besonders im letzten Jahrzehnt hat der technisch-produktive Fortschritt immer mehr seinen im Wertsinne zweideutigen Charakter enthüllt: über die verheerenden Möglichkeiten der Rüstungstechnik und der Repressionstechnik hinaus hat sich ein neues Bewußtsein der Gefahren der Umweltzerstörung und der Erschöpfung einzelner Rohstoff- und Energiequellen gebildet, das gewahrt wird, wie leicht die Entwicklung der Produktivkräfte von der Entfesselung destruktiver Kräfte begleitet sein kann. Weit entfernt davon, den Fortschritt zu menschlicheren Lebensverhältnissen zu garantieren, kann der technische Fortschritt je nach den Umständen ein menschenwürdiges Leben gefährden. [...] An die Stelle des Vertrauens in die wohlthätige Automatik des wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Fortschritts ist so einerseits die Ungewißheit über seine Fortsetzbarkeit in der Zukunft, andererseits die Sorge um die zerstörerischen Begleiterscheinungen einer unkontrollierten technisch ökonomischen Entwicklung getreten. Die verlorene Zukunftsgewißheit, die aus beiden Wurzeln stammt, bestimmt heute als geistige Unterströmung das Klima jeder politischen Diskussion. Niemand kann diese verlorene Gewißheit wiederherstellen. (Grundwerte: 12 f.)

Aus der Diagnose dieser »Orientierungskrise« wird die Perspektive und Aufgabe gewonnen, den Fortschrittsbegriff nicht fallenzulassen, sondern »die Frage in den Mittelpunkt stellen, welche Art von Fortschritt wir von unseren Werten her wollen« (13). Ein »humaner Fortschritt« soll konturiert werden und eine »Orientierung an einem Fortschrittsverständnis im Sinne unserer Grundwerte«. Nur dann »[bekomme] der Begriff des Fortschritts wieder einen glaubwürdigen Sinn, einen nicht als gesetzmäßig erwarteten, sondern frei gewollten, einen nicht materiell eingeengten, sondern einen humanen sozialistischen Sinn« (13).

Diese Verunsicherung des eigenen Fortschrittsverständnisses zeigt sich sehr deutlich in den Wahlprogrammen ab 1980 und auch im Grundsatzprogramm

32 Willy Brandt: »Vorwort«, in: Erhard Eppler (Hg.): *Theorie und Grundwerte. Grundwerte in einer gefährdeten Welt*. Vorgelegt von der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand. Bonn 1977, S. 3.

33 Erhard Eppler (Hg.): *Theorie und Grundwerte. Grundwerte in einer gefährdeten Welt*. Vorgelegt von der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand. Bonn 1977.

von 1989. Viele Belegstellen zeigen eine klare Distanzierung von der eigenen ehemaligen Geschichtssemantik. Elemente der neuen Wachstumskritik werden in die Programme integriert. Als rhetorisches Grundmuster wird der Begriff dabei in einen nun negativ evaluierten technischen und ökonomischen Fortschritt einerseits und einen weiterhin positiv konnotierten sozialen oder gesellschaftlichen Fortschritt andererseits aufgespalten, der dazu in Opposition gesetzt wird:

(12) Nicht alles, was technisch möglich ist, bedeutet auch gesellschaftlichen Fortschritt. Wir dürfen nicht alles tun, wozu wir technisch in der Lage wären. (Regierungsprogramm 1980)

(13) Fortschritt ist nur das, was dem Menschen dient. (Regierungsprogramm 1980)

(14) Das Bewußtsein von der drohenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat blanken ökonomischen Fortschrittsglauben vergangener Jahre zweifelhaft werden lassen. (Regierungsprogramm 1983)

(15) Wachstum darf nicht Selbstzweck sein. Wir dürfen nicht zum Untertan unseres eignen Wirtschaftssystems werden. Man darf nicht den technischen Fortschritt vorantreiben, ohne die Arbeitswelt zu humanisieren und die Arbeitszeit zu verkürzen. (Regierungsprogramm 1983)

(16) [wir stehen vor der Frage], wie aus technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt werden kann. (Regierungsprogramm 1983)

(17) Wir wollen unsere Kraft dafür einsetzen, technischen und sozialen Fortschritt zusammenzubringen. (Regierungsprogramm 1987)

Auch das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1989 verzichtet nicht auf den Fortschritt als Zielbegriff. Aber auch hier muss geklärt werden, was mit der unklar gewordenen Vokabel eigentlich gemeint ist. Der unvermeidliche Topos der Opposition von Qualität und Quantität wird dazu bemüht (»Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt«). Und typisch sind auch Relativsatzkonstruktionen, mit denen eine Versicherung über die gemeinte Bedeutung des Begriffs sichergestellt werden muss, die zuvor völlig überflüssig gewesen wäre:

Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. (Grundsatzprogramm 1989)

5. AUSBLICK

Die Geschichte des Fortschrittsdenkens in der deutschen Sozialdemokratie führt in den 90er Jahren in eine Aporie: Die unkritische Fortschrittsemphase der 1960er und 1970er Jahre hatte nachdrücklich ausgedient, und die Etablierung eines ›neuen‹ und ›humanen‹, später auch eines ›nachhaltigen‹ Fortschritts blieb konturlos. Aufgeben wollte man den Fortschritt jedoch erkennbar nicht. Eine tragfähige Neubestimmung wird so bis heute gesucht.³⁴

Im Jahr 2007 (kurz vor der Verabschiedung des aktuell gültigen Grundsatzprogrammes) erschien ein von Matthias Platzeck, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück herausgegebener Sammelband, der den Titel »Auf der Höhe der Zeit. Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert« trägt. Darin argumentieren die drei Herausgeber dafür, dass sich eine zeitgemäße Sozialdemokratie auf ›ihre ursprünglichen Ideen und Ziele besinnen‹ müsse: So hätten sich um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert die »widersprüchlichen Entwicklungen«³⁵ einer prosperierenden Industrie bei gleichzeitig zunehmender sozialer Ungleichheit und Verarmung gezeigt. Darauf fanden »weder orthodoxe Marxisten noch Wirtschaftsliberale überzeugende Antworten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen«³⁶. Die einzig überzeugende Antwort fand den Verfassern zufolge »die nichtmarxistische Soziale Demokratie als neue, ganz eigene Idee und Haltung, als originäres Konzept und fortschrittli-

34 Ein von Matthias Machnig 2011 herausgegebener Sammelband stellt genau diese Frage ein weiteres Mal. Darin will unter anderen Sigmar Gabriel erneut »Dem Fortschritt eine neue Richtung geben«. Vgl. Matthias Machnig: *Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand*. Frankfurt a.M. 2011.

35 Matthias Platzeck/Frank-Walter Steinmeier/Peer Steinbrück: »Auf der Höhe der Zeit. Im 21. Jahrhundert muss sich die Sozialdemokratie auf ihre ursprünglichen Ideen und Ziele besinnen«, in: dies. (Hg.): *Auf der Höhe der Zeit. Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert*. Berlin 2007, S. 17–28, hier S. 19.

36 Ebd.

che politische Bewegung.«³⁷ Den ›ökonomistischen‹ ›orthodoxen Marxisten auf der einen und Liberalen auf der anderen Seite hätte die reformistischen Sozialdemokraten um Bernstein

die Prinzipien von Reform und Fortschritt, Kompromiss und Interessenausgleich über die Klassengrenzen hinweg entgegen [gestellt]. Wo andere auf den Selbstlauf wirtschaftlicher und historischer Kräfte vertrauten, setzten Sozialdemokraten auf die aktive und pragmatische Gestaltung des Wandels. Die Dynamik der Märkte wollten sie offensiv mit sozialer Reform und gesellschaftlicher Erneuerung verbinden, um auf diese Weise Wachstum und Wohlstand systematisch allen Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen. Marktwirtschaft, Demokratie und sozialen Zusammenhalt nicht nur vereinbar zu machen, sondern mit politischen Mitteln sogar in ein Verhältnis der positiven Wechselwirkung zu setzen – genau darin bestand der historisch völlig neue und beispiellose Fortschrittsentwurf der Sozialen Demokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts.³⁸

Dass die ›ökonomistisch-marxistische Orthodoxie‹ in dieser Zeit den Vorstand der Partei institutionell und ideologisch sicher beherrschte, verschweigen die Autoren. Mit der Idee einer durch politische Mittel hergestellten positiven Wechselwirkung zwischen Marktwirtschaft und Demokratie landet ihr Rückgriff auf den ›beispiellosen Fortschrittsentwurf‹ der Sozialen Demokratie ohnehin zielsicher in der sozialdemokratischen Fortschrittsemphase der 1960er Jahre und nicht bei Eduard Bernstein. Ob sich an den Umständen, die diese Fortschrittskonzeption in den 1970ern unplausibel werden ließen, bis heute etwas geändert hat, kann hier nicht beantwortet werden. Fest steht für die Autoren jedenfalls, dass angesichts der Herausforderungen der Gegenwart die ›sozialdemokratische Grundhaltung [...] daher auch heute durchgängig aktives Drängen auf Fortschritt und positive Gestaltung sein [muss]. Die eigenen Werte und Ziele ernst zu nehmen heißt, wo immer möglich, Verantwortung zu übernehmen. Genau diesen Weg hat die SPD in den vergangenen Jahren beschritten.«³⁹

Im Jahr 2011 hat sich die Grundwertekommission unter dem Vorsitz von Julian Nida-Rümelin noch einmal mit dem Fortschrittsbegriff beschäftigt. Darin heißt es: »Das Megathema der nächsten Jahre, das über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidet und besonders die Sozialdemokratie herausfordert, heißt: Wie wird an den Grenzen des bisherigen Wachstums sozialer Fortschritt und gesellschaftlicher Zusammenhalt möglich? Wir sind überzeugt: Wer die Kraft und die Ideen für den sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hat, wird die politische Debatte der nächsten Jahre prägen.«⁴⁰ Dieser Satz hätte auch im Bericht der Grundwertekommission aus dem Jahr 1977 einen guten Platz gefunden. Weit vorgekommen ist die SPD bei der Suche nach einem neuen Fortschrittsverständnis in den letzten 30 Jahren nicht. Ob das unverdrossene Festhalten der SPD am politischen Schlagwort Fortschritt letztlich erfolgreich sein wird, ist offen. Dass der Erfolg ihr dabei bisher Recht gibt, kann man nicht behaupten.

37 Ebd.

38 Ebd., S. 19 f.

39 Ebd., S.23. Gemeint sind hier die letzten Jahre der Amtszeit von Gerhard Schröder, in die die Umsetzung der Agenda 2010 fällt.

40 Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD: *An den Grenzen des Wachstums – neuer Fortschritt ist möglich.* Berlin 2010.